

# KLARTEXT.

Zeitung für Oberhausen  
Januar 2024  
www.cdu-oberhausen.de

**CDU** OBERHAUSEN

## Ein neuer Stadtteil entsteht

Oberhausen schafft in der „Neuen Mitte“ ein zukunftsfähiges, klimafreundliches und modernes neues Quartier im Herzen der Stadt. Der große Wurf ist eines von vielen Großprojekten, [Sonderseite 6](#)



BILD: STADT OBERHAUSEN

## Liebe Mitglieder, Freunde und Kritiker der CDU!

Die Analyse der Landtagswahlen in Hessen und Bayern verdeutlicht, dass die Menschen vor allem über ihre wirtschaftliche Lage besorgt sind. Es beunruhigt sie, wenn die eigene Regierung Schwierigkeiten hat, die Rekordsteuereinnahmen richtig einzusetzen. Die Unzufriedenheit wächst,

**Tobias Henrix**  
CDU-Fraktions-  
geschäftsführer



wenn eine Schelte des Bundesverfassungsgerichts nicht dazu führt, dass sich Machthaber selbstkritisch und demütig ihren eigentlichen Aufgaben widmen, sondern neue Taschenspielertricks zur Schuldenaufnahme entwickeln.

Die Asylpolitik kommt gleich an zweiter Stelle. Die Grenzen der Hilfsbereitschaft sind bei einem überwältigenden Großteil der Bevölkerung erreicht. Die Regierung bleibt dennoch untätig und schaut der ungesteuerten Einwanderung nach Deutschland weiter zu.

In Oberhausen hingegen zeigen Umfragen, dass die Bevölkerung mehr Vertrauen in die lokale Verwaltung setzt als in die allgemeinen politischen Entscheidungen aus Berlin. Hier werden Probleme angegangen, und es gibt sichtbare Erfolge: Der Investitionsstau in die Bildungsinfrastruktur wird abgebaut, so wurden allein in den letzten drei Jahren über 114 Millionen Euro investiert. Die Modernisierung der Stadtzentren geht mit großen Schritten voran und in der „Neuen Mitte“ entwickelt sich ein ganz neuer Stadtteil. Der Wirtschaftsstandort Oberhausen wird durch Neusiedlungen nachhaltig gestärkt und Arbeitsplätze entstehen. Diese aktive Politik schafft Vertrauen bei den Menschen, denn es bewegt sich etwas für unsere Heimat!

## UNSERE THEMEN

### LANDESPARTEITAG

## Mit 96,7 % bestätigt!

Mit einem überwältigenden Ergebnis wurde unser Ministerpräsident beim diesjährigen Landesparteitag der CDU in Hürth als Landesvorsitzender bestätigt. Kurzfristig wurde das Programm ergänzt: der israelische Botschafter Ron Prosor sprach zu den Delegierten. Ein gelungener Auftakt mit überzeugender Solidarität für Israel.

[Seite 3](#)

### WIRTSCHAFTSPOLITIK

## Säule unserer Wirtschaft

Der Mittelstand ist die Säule der deutschen Wirtschaft. In Oberhausen trägt die CDU diesem Umstand besonders Rechnung und macht sich stark für Gewerbeflächen, Fachkräftegewinnung und Infrastrukturverbesserungen für Unternehmen.

[Seite 4](#)

# Einsamkeit (be)trifft uns

**SOZIALES** Millionen Deutsche fühlen sich einsam, sodass Einsamkeit nach Einschätzung der Stiftung Patientenschutz mittlerweile „die größte Volkskrankheit in Deutschland“ ist. Die nordrhein-westfälische Landesregierung plant Maßnahmen, um dem Phänomen zu begegnen und auch die Oberhausener CDU-Fraktion hat entschieden, dieser alarmierenden Entwicklung nicht tatenlos zuzusehen.

Diejenigen, die von Einsamkeit betroffen sind, in unsere Mitte nehmen, das stärkt uns am Ende alle“, lauten die Worte von Ministerpräsident Hendrik Wüst, der mit seiner Regierung ein Fünf-Säulen-Modell gegen die Einsamkeit auf den Weg bringt: Von einer Analyse des Ist-Zustandes, über die Sensibilisierung für das Thema und konkrete Beispiele aus der Praxis bis hin zu konkreten Maßnahmenpaketen und der Stärkung eines Unterstützungssystems von Aktiven und Ehrenamtlichen.

„Die Zahl derer, die sich von Einsamkeit bedroht fühlen, ist in den letzten Jahren sprunghaft angestiegen. Das, obwohl die Vernetzung unter den Menschen größer denn je ist. Für diese erschreckende Entwicklung wollen wir für die Menschen in Oberhausen Maßnahmen anbieten, die aus der Situation herausführen und den Zusammenhalt in unserer Stadt unterstreichen“, beschreibt die CDU-Fraktionsvorsitzende, Simone-Tatjana Stehr, die Motivation ihrer Fraktion. „Einsamkeit ist für die Betroffenen oftmals nicht mit eigener Kraft zu durchbrechen und hat in der Konsequenz erhebliche Auswirkungen auf die Gesellschaft als Ganzes. Sie betrifft sämtliche Lebensbereiche von der

Gesundheit über die Wirtschaft bis hin zur sozialen Integration. Sie ist ein ernsthaftes gesellschaftliches Problem, das ältere ebenso wie junge Menschen betrifft. Mit weitreichenden Auswirkungen eben auch auf unsere Stadtgesellschaft.“

Untersuchungen zeigen: 14,5 % der Menschen in NRW sind einsam. „Das ist alarmierend“, zeigt Stehr sich betroffen. „Wir wollen nicht, dass Politik ‚betüddelt‘ und bevormundet und Kontrollbesuche veranlasst, wenn jemand vermeintlich lange die Wohnung nicht verlassen hat. Uns geht es darum, dass Individualität bewahrt und mit einer flexiblen Stadtgesellschaft verbunden wird, die sensibel für das Phänomen ist.“

Initiativen, noch so gut gemeint, die sich vorrangig damit beschäftigen, Menschen in die Gesellschaft anderer zu bringen, greifen nachweislich zu kurz: Nicht jeder Mensch, der allein ist, leidet auch unter Einsamkeit. Es geht immer um die Diskrepanz zwischen den gewollten und wirklich vorhandenen Kontakten.

Stehr verweist auf erste Maßnahmen, die bereits von den Christdemokraten angestoßen wurden. Nach einer Bestandsaufnahme konnte mit Mehrheit beschlossen werden, dass die Stadt das Thema Einsamkeit ab sofort in ihrer Bürgerbefragung „Leben in Oberhausen“ berücksichtigt, um eine zuverlässige Datenlage zu erhalten. Zudem ist die Stadt auf Initiative der CDU-Fraktion beauftragt zu prüfen, ob sie als Arbeitgeberin zusammen mit ihren zahlreichen Tochterunternehmen Teil der Landesinitiative „Pflege & Beruf“ werden kann. Hier geht es um die Vereinbarkeit der



**Simone-Tatjana Stehr**

Pflege eines Angehörigen mit dem eigenen Berufsleben. Schon viele Unternehmen, aber auch öffentliche Institutionen sind Teil des Programms. „Aus unserer Sicht muss die Stadt mit ihren vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als positives Beispiel vorangehen,“ beschreibt Stehr einen Teil der Ideen, die zur Umsetzung anstehen und der Einsamkeit die Stirn bieten sollen.

## Rekordzahlen bei Flüchtlingsströmen

**FLÜCHTLINGSKRISE** So viele Menschen wie nie fliehen aus ihrer Heimat: 110 Millionen weltweit – ein trauriger Rekord. Die Welt ist in Aufruhr – zu alten Krisen kommen neue hinzu. Im Ergebnis steht die Gesellschaft vor einer Zerreißprobe, die einer verfehlten Flüchtlingspolitik geschuldet ist.

Das Jahr 2023 war durch die Unfähigkeit und den schlichten Unwillen der Bundesregierung geprägt, der Flüchtlingskrise Herr zu werden. Mehr als 320.000 Menschen auf der Flucht kamen nach Deutschland. Zusätzlich müssen die Herausforderungen der Unterstützung und Eingliederung von über einer Million Kriegsflüchtlings aus der Ukraine gemeistert werden. Länder und Kommunen stoßen an ihre Grenzen und warnen vor zunehmender Überlastung und viele Menschen zeigen sich dem Thema Migration gegenüber immer besorgter. Ihre Skepsis vor Zuwanderung wächst. In der Folge geraten die Integration ins Stocken und die Suche nach politischen Lösungen zusehends unter Druck. Während gegenüber Menschen, die vor Krieg, Gewalt und Verfolgung fliehen, eine grundsätzliche Aufnahmebereitschaft herrscht, birgt illegale Zuwanderung Konfliktpotenzial.

Die Union fordert mit Blick auf diese Entwicklungen eine grundsätzliche Überprüfung und Begrenzung der Zuwanderung: „Die Zahlen müssen runter! Das ist unser vornehmliches Ziel“, betont der CDU-Vorsitzende Wilhelm Hausmann. „Der Hinhalte-Kurs der Ampel muss ein Ende finden. Nur weil die Grünen nicht in der Lage sind, sich aus der Geiselhaf ihrer eigenen Ideologie zu befreien, können wir unser Land nicht vor die Wand fahren. Die wenigen Grenzkontrollen, die wir in den vergangenen Wochen hatten, sind zielführend. Dieser Ansatz muss ausgeweitet werden. Nicht zuletzt durch die Ereignisse in Israel und die auch hier spürbaren Folgen wissen wir: Weite Teile der linken Politik leben in einer Phantasiewelt. Der grüne Vizekanzler selber war es doch, der es in seinem vielbeachteten Twitter/X-Video auf den Punkt brachte. Dem müssen nun aber Wochen später auch endlich Taten folgen. Sollte dies nicht passieren, werden die gesellschaftlichen Umwälzungen enorm sein.“

Die Bundesregierung muss dies nun zum Anlass nehmen, ihre Politik der Einwanderung kritisch zu überprüfen, betont Hausmann. „Die CDU schlägt schon seit langer Zeit konkrete Maßnahmen vor, darunter die Festlegung sicherer Herkunftsstaaten, die Einführung für Sachleistungen anstelle von Bargeld, sowie die Betonung der Verantwortung eines Staates, seine Grenzen zu schützen. Die Überlastung von Bund, Ländern und Kommunen ist ein riesiges Problem, das nicht nur die Ressourcen, sondern auch die Akzeptanz der Bevölkerung belastet. Deutschland braucht ein System, wonach nur Personen mit positivem Asylbescheid auch das Recht haben, zu bleiben und Integration vor diesem Hintergrund gelingen kann.“



FOTO: ISTOCK-CHALLENGER

## Ein Paukenschlag, der seinesgleichen sucht

„Diese Entscheidung ist in erster Linie eine deutliche Schlappe für die Ampel in Berlin.“

**60-MILLIARDEN-URTEIL** Im November hat das Bundesverfassungsgericht für einen Paukenschlag gesorgt, der seinesgleichen sucht, und den zweiten Nachtragshaushalt 2021 für verfassungswidrig erklärt. Die Bundesregierung hatte rechtswidrig versucht, nicht benötigtes Geld für die Coronafolgen im nächsten Jahr für den Klimaschutz einzusetzen.

Die Spannung war hoch, als das Bundesverfassungsgericht im November erstmals Stellung zur Schuldenbremse im Grundgesetz bezog. Die Karlsruher Richter erklärten den Nachtragshaushalt für verfassungswidrig und nichtig. Damit senden sie eine deutliche Botschaft nach Berlin: Geld lässt sich nicht beliebig im Bundeshaushalt verschieben und Schulden müssen immer in dem Jahr verbucht werden, wenn sie anfallen.

„Diese Entscheidung ist in erster Linie eine deutliche Schlappe für die Ampel in Berlin“, betont der CDU-Parteivorsitzende in Oberhausen, Wilhelm Hausmann.

Der konkrete Anlass war das Sondervermögen zur Bewältigung der Corona-Folgen. Die nicht benötigten 60 Milliarden Euro wurden von der Bundesregierung kurzerhand einfach in den Klima- und Transformationsfonds überführt. Die Union klagte dagegen. Der Grund: Die 60 Milliarden Euro wurden durch Schulden finanziert, was im Widerspruch zur im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse steht.

„Das Signal ist klar: Niemand steht über unserer Verfassung, auch nicht die unseriösen Finanzjongleure der Ampel in Berlin“, stellt Hausmann fest. „Das Fatale: Ein Problem mit der Einnahmenseite gibt es in Deutschland eigentlich nicht. Der Bund hat schließlich noch nie mehr Steuereinnahmen erzielt. Die Ampel weiß

aber nicht, wie man das Geld auch richtig im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger investiert und lebt im wahrsten Sinne des Wortes über ihren Verhältnissen“, befand Hausmann.

Und der CDU-Politiker legte nach: „Wir müssen dringend auf die Ausgabenseite schauen: Wenn im Jahr 2024 ein Paar mit zwei Kindern Anspruch auf über 2.500 Euro Bürgergeld und weitere Leistungen hat, dann muss das erwirtschaftet und bezahlt werden. Dafür muss aber brutto erst mal mindestens 3.300 Euro verdient werden. Von den negativen Anreizen ganz abgesehen, bleibt die Frage: Wer soll diese aberwitzigen Kosten tragen? Die links-grün dominierte Ampel hat dafür auch gleich eine Antwort parat: Unter anderen natürlich die Autofahrer. Der Dieseldieselfahrer soll deutlich höher besteuert werden. Wir bringen also die Menschen aus ideologischen Gründen dazu, sich im Angesicht der Klimakrise immer weniger Dieselfahrzeuge zu kaufen, obwohl gerade der Dieseldieselfahrer durch synthetische und umweltfreundliche Alternativen einfach ersetzt werden könnte. Schlüssig ist das alles nicht!“

„Wir müssen dringend zu einer seriösen und realistischen Einnahmen- und Ausgabenpolitik im Bund zurückkehren“, formuliert die CDU-Fraktionsvorsitzende und stellvertretende Parteivorsitzende, Simone-Tatjana Stehr ihre Forderung. „Die Haltung der Ampel-Regierung ist mehr als befremdlich und ihr Handeln unprofessionell:



Wilhelm Hausmann

So waren ihre ersten Reaktionen zum Urteil, dass sich Bürger bei Friedrich Merz und der CDU für steigende Kosten bedanken könnten. Da verurteilt der Verbrecher den Ankläger und ist sich selbst keiner Schuld bewusst. Die Vorschläge der Union liegen längst auf dem Tisch und würden zu einer soliden Ausgabenpolitik führen: Das Bürgergeld muss in seiner jetzigen Form wieder abgeschafft werden und das Prinzip des ‚Förderns und Forderns‘ ist konsequent umzusetzen. Wir brauchen eine Stichtagsregelung für Ukraine-Flüchtlinge. Wir können nicht mehr pauschal allen Flüchtlingen aus der Ukraine Bürgergeld auszahlen und das über eigene Schulden finanzieren. Das Bürokratiemonster, dass Familienministerin Paus mit 5.000 neuen Beamten für die Kindergrundsicherung schaffen möchte, brauchen wir ebenso wenig. Das Geld ist in anderer Form besser und direkter für die Menschen und unsere Kinder investiert. Erforderlich sind Prioritäten zum Wohle der Gesellschaft und zum Schutz der Generationen die folgen und nicht an der Schuldenlast zerbrechen dürfen!“

„Wir müssen dringend zu einer seriösen und realistischen Einnahmen- und Ausgabenpolitik im Bund zurückkehren“, formuliert die CDU-Fraktionsvorsitzende und stellvertretende Parteivorsitzende, Simone-Tatjana Stehr ihre Forderung. „Die Haltung der Ampel-Regierung ist mehr als befremdlich und ihr Handeln unprofessionell:

## Unsere neue Mitgliederkampagne!

Im Januar startet unsere Mitgliederkampagne in den sozialen Netzwerken. Unsere Mitglieder berichten, warum sie sich dazu entschieden haben, Teil der CDU Oberhausen zu sein. Du möchtest auch dabei sein? Los geht's:



## Ampel sorgt für traurigen Rekord bei Insolvenzen

**MITTELSTANDS- UND WIRTSCHAFTSUNION (MIT)** Unsere Wirtschaft in Deutschland ist von fortschreitender Deindustrialisierung bedroht. Die MIT Oberhausen sorgt sich daher um den Standort der Heimatstadt in der Produktivregion Ruhrgebiet.

Der Oktober 2023 bildet den bisherigen Tiefpunkt der Entwicklung: Um über 22 Prozent stiegen in dem Monat die Insolvenzen im Vergleich zum Vorjahr in Deutschland und das, obwohl es bereits eine Zunahme von über 19 Prozent im September gab, beklagt der MIT-Ruhr-Vorsitzende, Wilhelm Hausmann. „Im Jahr 2022 flossen außerdem über 125 Mrd. Euro netto weniger an Direktinvestitionen nach Deutschland. Das zeigt, auch im Ausland hat man kein Vertrauen mehr in den Standort Deutschland. Wie auch, wenn ein Land so konsequent seine größte Schlüsselindustrie – die Automobilindustrie – absägt? Die Wirtschaftspolitik der Ampel ist eine absolute Katastrophe. Wir müssen alles daransetzen, dass eine weitere Deindustrialisierung unseres Landes gestoppt wird.“

„Wir brauchen dringend Sicherheit für unsere Unternehmen“, ergänzt Phil Pollmann als neuer Vorsitzender der MIT Oberhausen, der weiß, dass viele Betriebe seit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine mit starken Einschränkungen zu kämpfen haben.

„Arbeitskräftemangel und Preissteigerungen sind nur ein Teil des Problems“, so Pollmann. „Auch die immer noch angeschlagenen Lieferketten stellen für Betriebe jeglicher Art große Herausforderungen dar. Hinzu kommen auslaufende Förderprogramme und der Wortbruch des Kanzlers gegenüber der Gastronomie die Umsatzsteuer bei 7% zu belassen.“

# CDU-Landesparteitag stärkt Wüst den Rücken

**LANDESPARTEITAG** Der Landesparteitag der CDU-NRW im Oktober stand im Zeichen der Solidarität mit Israel. Die Delegierten der Landes-CDU zeigten aber nicht nur bei diesem Thema Geschlossenheit: Mit einem überragenden Ergebnis von 96,7% wurde Hendrik Wüst als Landesvorsitzender bestätigt.

Unsere Haltung ist klar: Wer Frauen, Kinder, Jugendliche tötet und wer unschuldige als Geiseln verschleppt, der ist kein Kämpfer, sondern ein Terrorist. Wir stehen fest an der Seite unserer israelischen Freunde“, macht der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Wüst deutlich und begrüßt mit diesen Worten den Ehrengast des CDU-Parteitages, Israels Botschafter Ron Prosor, in der Mitte der rund 678 Delegierten und weiteren 300 Gäste. „Ich fühle mich echt willkommen in diesem Saal und ich fühle die Freundschaft und Solidarität mit Israel“, so Prosor nach dem empathischen Applaus zur Begrüßung. Bereits gegenüber der Jungen Union Deutschlands machte er deutlich, dass Israel und Deutschland die gleichen Werte teilen: Freiheit, Gleichheit, Demokratie und Menschenwürde. Diese Gemeinsamkeit unterstrich er und appellierte eindringlich: „Wir müssen alle zusammenhalten als demokratische Staaten, um für diese Werte zu kämpfen.“

„Mit diesem deutlichen Zeichen auf dem Landesparteitag haben wir gezeigt, dass wir, so wie die große Mehrheit der Menschen in unserem Land, nicht schweigend zusehen. Wir stehen auf gegen Antisemitismus, Terror und Hass. Nie wieder ist jetzt! Nicht gestern, nicht morgen“, unterstreicht Simone-Tatjana Stehr, Oberhausener Fraktionsvorsitzende und CDU-Landesvorstandsmitglied, die Worte von Hendrik Wüst.

„Ich unterstütze auch die Forderung unseres Landesvorsitzenden nach einem Veteranentag“, so Stehr weiter. „Nicht nur der Krieg in Europa zeigt uns, wie sehr wir auf eine zuverlässige Bundeswehr angewiesen sind. Auch in Zeiten der Corona-Pandemie haben Soldatinnen und Soldaten unsere Infrastruktur unterstützt und angepackt, wo sie konnten. Sie sind im Gesundheitsamt ans Telefon

gegangen und haben in Alteneinrichtungen Coronatests durchgeführt. Sie haben den Menschen in unsicheren Zeiten Sicherheit gegeben und sie haben in den vergangenen Jahrzehnten an den unterschiedlichsten Orten der Welt ihr Leben für unsere Land riskiert und manch einer auch geopfert. Ihnen gelten unser Dank und unsere Anerkennung.“

„Unsere Soldatinnen und Soldaten setzen im Ernstfall ihr Leben ein, um unseres zu schützen und deshalb verdienen sie die bestmögliche Ausbildung. Ihre Arbeit ist schwierig und gefährlich“, begründet Hendrik Wüst seinen Vorstoß. „Diese Menschen stehen 365 Tage im Jahr für unsere Sicherheit ein und ich finde wir sind es diesen Menschen schuldig einen Tag im Jahr

dem Respekt dieser Soldatinnen und Soldaten zu widmen.“

Aber nicht nur äußere Einflüsse bedrohen unsere Demokratie. „Diejenigen, die Sorgen vor sozialem Abstieg haben, davor, dass es ihnen weniger gut geht, wenden sich der AfD zu“, analysiert Wüst. Gründe dafür sieht der Landesvorsitzende in der Politik der aktuellen Bundesregierung: „Die Menschen erwarten Antworten auf ihre Fragen, Lösungen für ihre Probleme und ehrliche Aufmerksamkeit für ihre Sorgen. All das bekommen sie von der Ampel nicht. Diese Ampel regiert konsequent an den Sorgen der Menschen in Deutschland vorbei. Um die Gesellschaft zusammenzuhalten, muss sich in Berlin die Politik fundamental ändern.“

Auch die Oberhausener CDU-Fraktionsvorsitzende Simone-Tatjana Stehr teilt die Sicht: „Die AfD fällt immer wieder mit populistischen und spaltenden Aussagen auf sowie mit Unwahrheiten, die sie verbreiten, um Wählerinnen und Wählern zu gewinnen. Die Ampel trägt im schlimmsten Fall mit ihrem aktuellen Kurs, der vollkommen an der Lebensrealität unserer Bürgerinnen und Bürger vorbeigeht, dazu bei, dass dem trojanischen Pferd der AfD die Tore geöffnet werden. Wir müssen alles daransetzen, unsere Wirtschaft auf Kurs zu bringen und den Menschen Sicherheit und Lösungen zu geben.“

Deshalb freue sie sich umso mehr, dass Hendrik Wüst auf dem Landesparteitag als Landesvorsitzender der CDU-NRW bestätigt wurde. „Dieses Ergebnis zeigt, dass wir in unserer Partei in NRW mit dem richtigen Landesvorsitzenden auf dem richtigen Kurs sind“, unterstreicht Stehr das Ergebnis und freut sich auch auf ihre weitere Mitarbeit im Landesvorstand.



FOTO: CDU NRW / PAUL SCHNEIDER

Ehrengast des CDU-Parteitages, Israels Botschafter Ron Prosor, mit Friedrich Merz und Hendrik Wüst



FOTO: CDU NRW / PAUL SCHNEIDER

**Auch die Oberhausener Fraktionsvorsitzende Simone-Tatjana Stehr wurde auf dem CDU-Landesparteitag in Hürth als Mitglied des Landesvorstandes bestätigt. Das gibt Rückenwind für eine erfolgreiche Arbeit in den kommenden beiden Jahren. Eine wichtige und gewinnbringende Verortung der Interessen unserer Stadt auf Landesebene. #NRWrichtigmachen**

## CDA: Keine Kürzungen beim Elterngeld

**FAMILIENPOLITIK** Während die Ampel in Berlin wegen der angespannten Haushaltslage nach Einsparpotential sucht und den Bezug des Elterngeldes für mittlere und höhere Einkommen kappt, plädiert die Oberhausener CDA für eine Erhöhung besonders bei niedrigen Einkommen.

Einer aktuellen Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) zufolge, treffen die Kürzungen der Ampel beim Elterngeld mehr als 300.000 Eltern mit mittlerem und höherem Einkommen. Der Grundgedanke des Elterngeldes, allen Eltern im ersten Babyjahr, Zeit für und mit ihrem Kind zu ermöglichen, geht damit verloren. Geschuldet ist das Vorhaben der händelnden Suche nach Einsparungen – auch im Familienministerium. „Die Höhe des Elterngeldes müsste dringend an die heute veränderten Lebensverhältnisse für Familien angepasst werden, statt hier den Rotstift anzusetzen. Und ja, das gilt

insbesondere gerade bei schwächeren Einkommen“, stellt Benedikt Domberger, Kreisvorsitzender der CDA Oberhausen, klar.

### Initiativantrag zum Thema Elterngeld

„Das Elterngeld ist ein wichtiger Baustein für die Familienplanung und ermöglicht es Müttern und Vätern ihr Kind in der Anfangszeit besonders eng zu betreuen. Es ist in seiner Höhe seit seiner Einführung vor 16 Jahren noch nie angepasst worden. Statt genau hier zu kürzen, müsste es im Sinne

einer Anpassung an die Lebenswirklichkeit auf den Prüfstand gestellt werden, damit die Idee dieser Zahlung auch zukünftig tragfähig ist.“ Deshalb stellte der CDA-Kreisverband Oberhausen gemeinsam mit der CDA-Ruhr einen Initiativantrag zum Thema Elterngeld. Auf der letzten Landesversammlung wurde der Initiativantrag beraten und verabschiedet. „CDA-Delegierte aus den 54 Kreisverbänden haben unserem Antrag zugestimmt“, freut sich Domberger.



**„Wir gratulieren herzlich Dennis Radtke, der mit 93,1% im Amt des Landesvorsitzenden bestätigt wurde. Ihm und seinem Team wünschen wir alles Gute und freuen uns auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit.“**

Benedikt Domberger und Ulrike Willing-Spielmann

# Ein starker Mittelstand für ein starkes Oberhausen

**WIRTSCHAFTSPOLITIK** Die Deindustrialisierung in Deutschland bedroht auch den Wirtschaftsstandort Oberhausen. Für die CDU-Fraktion bildet der Mittelstand eine unverzichtbare Säule wirtschaftlicher Kraft, sodass die Christdemokraten mit gezielten Maßnahmen die Stärkung des Mittelstandes für Oberhausen vorantreiben.

Über 99 Prozent aller deutschen Unternehmen sind kleine und mittelständische Unternehmen. Sie bilden das Herzstück der deutschen Wirtschaft und haben als „German Mittelstand“ internationale Reichweite. Mehr als jeder zweite Euro wird von diesen Unternehmen erwirtschaftet, die zurecht als der Beschäftigungsmotor unseres Landes gelten. Sie sorgen in unseren Kommunen für Arbeits- und Ausbildungsplätze, Investitionen und Wachstum – sie sind die treibende Kraft. Bei der Wahrnehmung dieser Verantwortung, brauchen sie Unterstützung – auch von Politik und Verwaltung.

„Der Mittelstand ist das Rückgrat unserer Wirtschaft in Oberhausen. Er ist der Garant für Stabilität und Fortschritt, schafft Beschäftigung mit Nähe zum Kunden und mit kurzen Entscheidungswegen. Diese Merkmale spielen auch für Oberhausen eine wichtige Rolle. Der Mittelstand kurbelt bei uns die Wirtschaft an und ist ein grundlegender Bestandteil unserer Stadtgesellschaft. Geld muss erwirtschaftet werden, bevor es ausgegeben

## Oberhausen fit für 100 Prozent

„Wir sehen außerdem einen weiteren wichtigen Schritt in der Beförderung von Vollzeit-Arbeitsmodellen. Wir werden die Stadt damit beauftragen, ein Programm ‚Oberhausen fit für 100 Prozent‘ ins Leben zu rufen. Zusammen mit der OWT soll erarbeitet werden, wie man Unternehmen in Oberhausen dabei unterstützen kann, Teilzeitkräfte – wenn gewünscht – in Vollzeit zu beschäftigen. Stichworte wie flexible Arbeitszeitmodelle, Jobsharing, Homeoffice und Remote-Arbeit, betriebliche Kinderbetreuungen und Kulturwandel spielen hier aus unserer Sicht eine wichtige Rolle. Besonders für kleine und mittelständische Unternehmen ohne große Personalabteilungen muss ein Beratungsangebot existieren. Wir glauben, dass auch in Oberhausen viele kluge Köpfe gerne mehr arbeiten werden, wenn ihnen die Umstände dazu die Möglichkeit geben.“

**Christian Benter**

Wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion

## Beleuchtete Laufstrecke am Kanal

**SPORT UND FREIZEIT** Oberbürgermeister Daniel Schranz hat die Realisierung einer beleuchteten Laufstrecke angestoßen – jetzt wurde sie eröffnet.

Eine Beleuchtung an der Laufstrecke am Rhein-Herne-Kanal haben sich viele Oberhausener Sportlerinnen und Sportler schon lange gewünscht. Ich bin froh, dass die Stadt Oberhausen den Wunsch in Zusammenarbeit mit der EVO jetzt erfüllen konnte“, sagt Oberbürgermeister Daniel Schranz.

Aktuell ist die Jogging- und Walkingstrecke fünf Kilometer lang und ermöglicht



nutzen. „Ich freue mich, dass im Sportausschuss nun auch die Erweiterung

werden kann. Unternehmen, die dieses Geld in Oberhausen erwirtschaften, haben unsere vollste Unterstützung“, so die Fraktionsvorsitzende Simone-Tatjana Stehr.

Eine aktuelle Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) bestätigt jedoch, dass durch die beginnende Deindustrialisierung die Zahlen in Deutschland einbrechen. Netto flossen 2022 ca. 125 Mrd. Euro an Direktinvestitionen aus Deutschland ab.

„Eine Entwicklung, die uns auch in Oberhausen maximal besorgt“, zeigt sich der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Christian Benter, beunruhigt. „Durch das Aussetzen von Sanktionen beim Bezug des Bürgergeldes besteht de facto kein Arbeitsanreiz mehr. Das ist fatal, denn wir brauchen jede Arbeitskraft für unseren Arbeitsmarkt. Umso verständlicher, dass in solchen Zeiten die Vier-Tage-Woche und ein Absenken des Renteneintrittsalters diskutiert werden. Das ist aus unserer Sicht ein verantwortungsloser, wirtschaftspolitischer Blindflug.“

„Natürlich werden wir auf kommunaler Ebene nicht den Kopf in den Sand stecken. Ganz im Gegenteil: Auch

wenn unser kommunaler Handlungsrahmen klein ist, ist es umso wichtiger, ihn zu gestalten.“

Der Oberhausener Arbeitsmarkt befindet sich auf gutem Weg. Die Umsetzung des Teilhabenchancengesetzes in Oberhausen ist dafür ein wichtiges Zeichen. Aber auch hier vor Ort ist der Fachkräftemangel eine Gefahr für diese positive Entwicklung der vergangenen Jahre. Als CDU-Fraktion wollen wir die Initiative der Arbeitsagentur Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte in jeder Form unterstützen, damit Oberhausen nicht nur Arbeitsort, sondern auch Heimat wird. Dazu gehört die gezielte Unterstützung über den Arbeitsplatz hinaus – eine Willkommenskultur und ein Ankunftsprogramm. Oberhausen ist attraktiv und das müssen wir hervorheben“, zeigt sich Stehr überzeugt.

„2023 haben wir als CDU-Fraktion das überzeugende Konzept von Stadt und OWT zur Erschließung neuer Gewerbeflächen in Oberhausen ergänzt“, erklärt Denis Osmann, als planungspolitischer Sprecher seiner Fraktion, das Engagement der CDU. „Wir müssen Flächen sinnvoll nutzen, um den optimalen Output für unsere Wirtschaft herauszuholen: Wir werden daher auch auf die Weiterentwicklung bestehender Gewerbeflächen in Oberhausen setzen. Wir sind uns sicher, dass jede Menge Potenzial in unserer Stadt steckt. Auf unsere Initiative hin, wird die Stadt damit beginnen, Pläne für ein bereits bestehendes Gewerbegebiet zu erstellen und so eine optimale Nutzung bestehender Strukturen erwirken.“



FOTO: CDU / ADRIAN KUBICA

„Der Mittelstand ist das Rückgrat unserer Wirtschaft in Oberhausen. Er ist der Garant für Stabilität und Fortschritt, schafft Beschäftigung mit Nähe zum Kunden.“

## Baumpflege dank CDU in Oberhausen erfolgreich

**KLIMARESILIENZ** In der ersten Jahreshälfte 2023 hatte die CDU die Ausweitung des Einsatzes von Sensoren zur Feuchtigkeitsmessung an Bäumen und Grünflächen in Oberhausen angestoßen. Die Stadtverwaltung konnte bereits die ersten Erfolge des Projektes vorstellen.

In den kommenden Jahren erwarten wir in unseren Städten deutlich mehr Hitzeperioden“, erläutert der CDU-Umweltexperte Frank Bandel. „Hitze und Starkregenereignisse im Wechsel erfordern dringend ein verbessertes Wassermanagement. Das betrifft vor allen Dingen unsere Bäume.“

In dem Einsatz von Feuchtigkeitsmessensoren sehen die Christdemokraten eine gute Antwort auf die veränderten Bedingungen. Bisher konnten bereits 35 Jungbäume mit den Sensoren ausgestattet werden, die durch die optimierte Wasserversorgung problemlos anwachsen. In den nächsten beiden Jahren werden noch je 20 Baumstandorte dazu kommen.

„Neben den Daten zur Wasserversorgung lassen sich durch die innovative Technik auch Aussagen über die vorherrschende Lufttemperatur an den Baumstandorten treffen. Das lässt perspektivisch Rückschlüsse über die Auswirkungen von Klimaereignissen zu“, erklärt Bandel weiter. „So können wir Handlungsbedarfe schneller erkennen und bekommen die Möglichkeit, effiziente Lösungen zu finden.“

Auch Simone-Tatjana Stehr, Vorsitzende der CDU-Fraktion und des Betriebsausschusses SBO lobt die hervorragende Umsetzung des Antrages: „Wir freuen uns, dass durch die Besetzung der Stelle des Baum-Managers auch unser Vorstoß ‚1.000 Baumstandorte für Oberhausen‘ nun Flügel bekommen hat. Die SBO hat großartige Arbeit geleistet. Besonders gelungen finde ich, dass es in Zukunft für Bürgerinnen und Bürger nicht nur möglich sein wird, die Messdaten der Feuchtigkeitsensoren und das Alter der jeweiligen Bäume über das Dashboard einzusehen, sondern zu erfahren, um welchen Baum es sich genau handelt.“



Auch an der Centro-Allee wurden neue Bäume gepflanzt.

# Oberbürgermeister Schranz: „Wir investieren in die Zukunft“

**INTERVIEW** Im Angesicht finanziell schwierigerer Zeiten erklärt unser Oberbürgermeister Daniel Schranz anhand konkreter Beispiele, was in Oberhausen dennoch alles geschafft wird.



FOTO: FABIAN STRAUCH

**Herr Oberbürgermeister, Sie haben im November in der Sitzung des Rates gemeinsam mit dem Kämmerer den Haushaltsplanentwurf 2024 eingebracht. Verabschiedet werden soll er im Februar. Wie sieht die Finanzlage der Stadt Oberhausen aus?**

Die Zeit der Wünsche ist vorbei: Das könnte als Überschrift über diesem Thema stehen – wenn es jemals eine Zeit der Wünsche gegeben hätte! Tatsächlich hatten wir sie ja in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten erst gar nicht. Fest steht: Die Zeit der Stapelkrisen ist noch nicht vorbei, und wir müssen 2024 mit einem Defizit kalkulieren, nachdem wir in den vergangenen sieben Jahren einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen konnten – was zuvor 25 Jahre lang nicht gelungen war. Oberhausen stehen leider finanziell wieder schwierigere Zeiten bevor.

#### **Woran liegt das?**

Das liegt zum einen an den Auswirkungen der überwundenen und der weiter andauernden Krisen. Es ist aber auch eine Folge davon, dass Bund und Land die historische Chance der Niedrigzinsphase bis heute nicht genutzt haben, um die bereits mehrfach angekündigte Lösung der Altschuldenproblematik umzusetzen. Die brauchen wir, und wir brauchen sie so schnell wie möglich – damit die steigende Zinsbelastung den Haushaltsausgleich in Oberhausen nicht noch schwieriger macht.

#### **Geht es denn nur Oberhausen so?**

Nein, viele Kommunen müssen im Haushaltsplan fürs kommende Jahr ein Defizit ausweisen, sogar wohlhabende. Das liegt unter anderem daran, dass die Möglichkeit ausgelaufen ist, die großen finanziellen Belastungen gesondert auszuweisen, die durch die verschiedenen Krisen von der Corona-Pandemie bis zum Krieg in der Ukraine und der Energiekrise entstanden sind.

Was die Lage in Oberhausen schwieriger macht ist die Tatsache, dass unsere Stadt schon lange finanzschwach ist. Das heißt, dass wir schon aus der Vergangenheit eine hohe Schuldenlast schultern müssen. Das heißt aber auch, dass unsere Konsolidierungsbemühungen eine ganz besondere Herausforderung sind. Denn wir haben eben schon einige Sparrunden in den vergangenen Jahrzehnten durchlaufen. Bei den freiwilligen Aufgaben einer Kommune ist nicht viel übrig, woran sich sparen ließe.

#### **Heißt das denn, dass jetzt gar nichts mehr geht?**

Das heißt es nicht, nein! Und ich warne davor, jetzt in die alten Reflexe zurückzufallen, die in der Oberhausener Politik lange geherrscht haben: Diese Lethargie und Lähmung im Angesicht schwieriger Finanzlagen dürfen und wollen wir auf keinen Fall wieder zulassen. Und das müssen wir auch gar nicht – denn wir schaffen ja trotz finanzieller Einschränkungen noch vieles! Es wird ohne weitere Anstrengungen zum Konsolidieren nicht gehen, aber gleichzeitig müssen wir weiter in unsere Zukunft, in die Zukunft unserer Kinder investieren.

#### **Wenn Sie sagen, „wir schaffen noch vieles“ – wovon sprechen Sie da?**

Zum Beispiel vom Arbeitsmarkt: In den vergangenen sechs Jahren ist es gelungen, mehr als 6.200 neue Jobs in Oberhausen anzusiedeln, und das durch die Krisen hindurch! Wir haben zum ersten Mal seit den 1980er Jahren in Oberhausen wieder die Schallmauer von mehr als

70.000 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen durchbrochen. Das ist natürlich sehr wichtig für die Zukunft unserer Stadt und die Menschen, die hier leben.

#### **Wo sind diese Jobs entstanden?**

Zum Beispiel auf dem Waldteichgelände, etwa bei Edeka und Segro. Dazu kommt nun das Lager des Online-Supermarktes Picnic. Das Unternehmen investiert 150 Millionen Euro in Oberhausen, um eines der modernsten E-Food-Lager der Welt zu bauen. Und auch, wenn die 1.500 Roboter viel Arbeit übernehmen werden, sucht Picnic für das Lager 1.000 neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

#### **Eindrucksvoll! Aber erlauben Sie die Frage: Was wird denn noch geschafft?**

Die städtischen Investitionen sind ein weiterer, wichtiger Faktor für die Zukunft unserer Stadt. Wir haben 2023 rund 100 Millionen Euro in unserer Stadt verbaut, für 2024 planen wir mehr als 140 Millionen Euro. Wir investieren in Schulen und Kindertageseinrichtungen, in Straßen und Sportanlagen, in Stadtentwicklung, Sicherheit und Digitalisierung – in Oberhausens Infrastruktur: Davon profitieren die Bürgerinnen und Bürger ganz direkt. Davon profitiert aber ganz häufig auch die lokale Wirtschaft – direkt und indirekt. Das wiederum hilft bei der Gewerbesteuer auf der einen Seite und sichert die wichtigen Arbeitsplätze auf der anderen Seite – denn es sind ja auch die seit Jahren und Jahrzehnten engagiert arbeitenden mittelständischen Unternehmen, die das Rückgrat unserer Oberhausener Wirtschaft bilden.

#### **Was sind die wichtigsten Investitionen der Stadt Oberhausen?**

Der mit großem Abstand größte Teil fließt in die Oberhausener Bildungslandschaft, in Schulen und Kindertageseinrichtungen. Das ist, ich betone es immer wieder, gut und richtig so: Bildung ist das Fundament für ein produktives, selbstbestimmtes Leben unserer Kinder, eine Investition in ihre ganz persönliche Zukunft, aber eben auch eine in die Zukunft unserer Stadt. Es ist eine Investition, die sich über viele Jahrzehnte auszahlen wird.

In den Jahren 2020 bis 2022 haben wir insgesamt 107 Millionen Euro in Schulen und Kindertageseinrichtungen investiert, 2023 waren es nach der Prognose weitere rund 36 Millionen Euro sein – das sind insgesamt fast 4.000 Euro Investitionen pro minderjährigem Kopf in den vergangenen vier Jahren. Und für 2024 planen wir in diesem Bereich rund 46 Millionen Euro – zum Beispiel für den Erweiterungsneubau am Bertha-von-Suttner-Gymnasium, die neue Mensa an der Postwegschule, die Detailplanungen für unsere neue Gesamtschule an der Knappenstraße, und, und, und... Sie sehen: Wir arbeiten nach Kräften daran, den jahrzehntelangen Investitionsstau an unseren Schulen aufzulösen.

#### **Das sind eindrucksvolle Zahlen, und es ist ein enorm wichtiger Bereich, keine Frage. Haben Sie auch Beispiele, wo es um die Lebensqualität aller Oberhausenerinnen und Oberhausener geht?**

Da fällt mir so viel ein, dass ich nur kurze Schlaglichter auf die Beispiele werfen kann. Etwa unsere Investitionen zur Stärkung unserer Stadtteilzentren. Das größte städtische Bauprojekt wächst ja zurzeit in Osterfeld, wo wir an der Westfälischen Straße rund 20 Millionen Euro investieren in eine neue Stadtteilbibliothek, einen neuen

*„Wir werden auch unter erschwerten Bedingungen die Zukunft Oberhausens weiter gestalten. Nur Städte, an deren Zukunft niemand glaubt, haben auch keine. Mit Blick auf die Dinge, die wir schaffen, und die Menschen in dieser Stadt, die anpacken, muss ich sagen: Ich glaube an eine gute Zukunft für Oberhausen!“*

Veranstaltungssaal für Schule und Stadtteil und für ein neues Jugendzentrum. Im Frühjahr werden wir dort Richtfest feiern.

Oder in Sterkrade, wo wir den Kleinen Markt mit mehr Bäumen, mehr Wasser und mehr Möglichkeiten, Wasser zu speichern schöner gemacht und besser für die Zukunft aufgestellt haben. So soll es weitergehen mit dem Großprojekt Umbau Bahnhofstraße, bei dem wir die Sterkrader City widerstandsfähiger gegen die Folgen des Klimawandels machen wollen – und noch attraktiver dazu.

In Alt-Oberhausen arbeiten wir an der Aufwertung der Marktstraße – im ersten Schritt des mittleren Teils – und einer Revitalisierung des Altmarktes.

#### **Das sind alles wichtige Projekte – aber wie fast immer im Städtebau eben auch nicht ganz schnell beendet. Haben Sie auch Beispiele von Projekten, die schon fertig sind?**

Lassen Sie mich drei aus 2023 nennen. Erstens: Die Sanierung des Revierparks Vonderort für 5,5 Millionen Euro ist vorerst abgeschlossen – und nicht nur die Menschen aus Osterfeld genießen den Bewegungshügel, die Kletter-Anlage oder die Buchen-Runde in der Parkanlage. Zweitens ein ganz praktisches Beispiel aus dem Bereich Digitalisierung: In der Oberhausen-App können Bürgerinnen und Bürger Termine bei der Stadtverwaltung machen, bekommen städtische Nachrichten und können im „Mängelmelder“ ganz bequem der Stadtverwaltung mitteilen, wenn sie eine defekte Straßenlaterne, eine Schmutzdecke, ein Schlagloch oder ähnliches entdeckt haben. Und drittens haben wir vor wenigen Wochen die beleuchtete Laufstrecke am Rhein-Herne-Kanal der Öffentlichkeit übergeben: Läuferinnen und Läufer können dort nun auch in der dunklen Jahreszeit vor Sonnenaufgang und nach Sonnenuntergang trainieren.

#### **Also trotz schwierigerer Finanzlage kein Grund zur Verzweiflung? Wie blicken Sie in die Zukunft, Herr Oberbürgermeister?**

Ich bin sicher, dass wir es auch mit dieser Herausforderung aufnehmen können. Wir haben Erfahrung mit Krisenmanagement, und wir haben die Krisen der vergangenen Jahre gut gemanagt. Ich bin all jenen sehr dankbar, die dafür so engagiert gearbeitet haben und weiterhin arbeiten. Und wir werden auch unter erschwerten Bedingungen die Zukunft Oberhausens weiter gestalten. Nur Städte, an deren Zukunft niemand glaubt, haben auch keine. Mit Blick auf die Dinge, die wir schaffen, und die Menschen in dieser Stadt, die anpacken, muss ich sagen: Ich glaube an eine gute Zukunft für Oberhausen!

# Ein neuer Stadtteil entsteht...

**D**ie „Neue Mitte“ steht vor einem großen Wurf: Die vorhandenen Flächenreserven, darunter 11 Hektar im Stahlwerk-Ost und weitere 11 Hektar südlich der Ripshorster Straße, bieten gute Möglichkeiten für eine **zukunftsweisende Entwicklung**. Besonders die bereits erschlossenen Bereiche können ohne große zusätzliche Erschließungskosten genutzt werden. Ein ganz neuer Stadtteil kann entstehen. Der Fokus des neuen Rahmenplans liegt auf den Bereichen **Wohnen, Forschen und hochwertiges Gewerbe**. Diese Schwerpunkte erfordern einen qualitativen Wandel im städtebaulichen Kontext, auch im Hinblick auf den bisherigen Einzelhandelsschwerpunkt. **Moderne Verkehrskonzepte** sollen neue Angebote schaffen und den bisherigen Schwerpunkt sinnvoll ergänzen. Die Notwendigkeit zur Weiterentwicklung der „Neuen Mitte“ ergibt sich sowohl aus ihrer **überregionalen Bedeutung** als auch aus der Verpflichtung gegenüber der Oberhausener Stadtgesellschaft. Mit dem neu beschlossenen Rahmenplan geht Oberhausen große Schritte hin zu einem **zukunftsfähigen, klimafreundlichen und modernen Quartier im Herzen der Stadt**.



BILD: STADT OBERHAUSEN

## Die Linie 105

**Jetzt ist es an der Zeit! Die Verlängerung der Straßenbahnlinie 105 bietet die Chance, eine effiziente ÖPNV-Vernetzung zu schaffen:**

Alt-Oberhausen, Sterkrade und die „Neue Mitte“ würden direkt mit Essen verbunden. Eine mögliche Förderung von bis zu 95 Prozent macht dieses Projekt jetzt attraktiv und mit den Planungen des neuen Rahmenplans auch sinnvoll. Die Kultur- und Freizeitangebote sowie Arbeitsplätze und geplante Wohngebiete wären unmittelbar aus Essen erreichbar, sodass ein direkter Mehrwert für das neue Quartier geschaffen wird.



FOTO: UWE ERNST

## Die Skyline

**Zwischen Brammenring und der Bahntrasse entsteht die neue Skyline der „Neuen Mitte“: Moderne Hausbauten prägen das Bild des neuen Quartiers.**

Das Projekt soll in bis zu fünf Teilprojekte gegliedert werden und schafft dabei vielseitige Perspektiven. Die unmittelbare Lage direkt am Fraunhofer-Institut gibt die Ausrichtung vor: Das Ziel ist die Ansiedlung von forschungsaffinem Gewerbe neben Wohn- und Nahversorgungseinrichtungen. Die mögliche Geschossfläche dieses „Mixed-Use-Projekts“ am Brammenring liegt zwischen 50.000 und 70.000 Quadratmetern. Ein architektonischer Meilenstein!



BILD: STADT OBERHAUSEN

## Das Quartier der Möglichkeiten

**Das innovative „Quartier der Möglichkeiten“ nutzt die Ring-Erschließung des Brammenrings und bietet auf acht Baufeldern mit bis zu 30.000 Quadratmetern vielfältige Entwicklungsmöglichkeiten.** PKW-Stellplätze werden in den von der CDU-Fraktion geforderten Quartiersparkhäusern untergebracht. Das Innere der jeweiligen Baufelder soll autofrei gestaltet werden, um den Bedürfnissen der zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohnern optimal gerecht zu werden. Ein flexibles Wohnkonzept, das auch auf Individualität und nachhaltige Mobilität setzt.



BILD: STADT OBERHAUSEN

## Das naturverbundene Quartier

**Der Ripshorster Stadtgarten wird geprägt sein durch die Atmosphären der Riweitho-Siedlung, des Gehölzgartens und des Lappkes Mühlenbachs.** Mit dem Fokus auf den Erhalt der Vegetation entsteht ein ökologisch wertvolles Quartier mit zahlreichen gemeinschaftlichen Freiräumen. Die Bebauung integriert die Newag-Halle und wird Nahversorgung, Gewerbe, KiTA und Wohnbereiche schaffen. Insgesamt könnten hier bis zu 500 Wohneinheiten entstehen. Ein naturverbundenes Quartier mit historischem Charme.



BILD: STADT OBERHAUSEN



**„Die vielfältige Gestaltung eines neuen Quartiers mitten in Oberhausen gibt uns ganz neue Möglichkeiten zur Stadtgestaltung.“**

**Simone-Tatjana Stehr,**  
Fraktionsvorsitzende



**„Der Planungsentwurf zeigt in großartiger Weise, was gestalterisch in und für Oberhausen möglich ist. Wir freuen uns auf die Realisierung.“**

**Denis Osmann,**  
planungspolitischer Sprecher



**„Die Attraktivität in Alt-Oberhausen wird dadurch gesteigert und die ‚Neue Mitte‘ endlich fertiggestellt.“**

**Detlef Peters,**  
Fraktionsvorsitzender in der  
Bezirksvertretung Alt-Oberhausen



**„Zusammen mit den neuen und bereits beschlossenen Entwürfen für die Marktstraße ist das ein weiteres Megaprojekt für Alt-Oberhausen.“**

**Dominik Stenkamp,**  
Bezirksbürgermeister  
Alt-Oberhausen

# Oberhausen braucht kluge Mobilität

**VERKEHRSPOLITIK** Um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und zu fördern, muss auch die Stadt Oberhausen eine moderne und leistungsfähige Infrastruktur vorhalten. Dazu gehören auch Antworten auf die Mobilität, denn während einerseits oft der Verkehr kollabiert, ist andererseits eine sichere und zügige Anbindung oftmals nicht gegeben.

In unserer Pendlerstadt Oberhausen hat sich viel getan: Ein Gesamtmobilitätskonzept, drei Nahmobilitätskonzepte und die ersten Umsetzungen daraus sowie ein Radfahrmobilitätskonzept. Wichtige Schritte auf dem Weg zu einer modernen, nachhaltigen und leistungsfähigen Infrastruktur, die dazu beiträgt, das Waren und Dienstleistungen fließen und Menschen beruflich wie privat flexibel sein können. „Neben diesen wichtigen Schritten ist es notwendig, auch das Auto in den Blick zu nehmen“, zeigt sich Denis Osmann als planungspolitischer Sprecher seiner Fraktion überzeugt. „Untersuchungen zeigen, dass in einer Gesellschaft, zu deren Anforderungen auch die unbedingte Flexibilität gehört, der PKW ein wichtiges Fortbewegungsmittel bleibt. Insbesondere junge Menschen setzen immer stärker auf den privaten PKW.“

„Uns ist es wichtig, neben diesen Fakten, die ökologische Transformation unserer Mobilität klug voranzutreiben. Wir brauchen maximale Mobilität mit minimaler Umweltbelastung“, platziert die Fraktionsvorsitzende, Simone-Tatjana Stehr, ein Kernanliegen ihrer Fraktion. „Eine unserer Lösungen liegt auf der Hand: Wir müssen den ruhenden Verkehr aus unserem Straßenraum herausbekommen! Das verschafft Platz für mehr gute Radwege und Entseidelungen und führt zwangsläufig dazu, dass der PKW-Verkehr reibungsloser fließt und damit auch Belastungen reduziert werden. Das ist auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für uns: Immerhin pendeln täglich ca. 50.000 Menschen ein und 55.000 Menschen aus Oberhausen aus.“

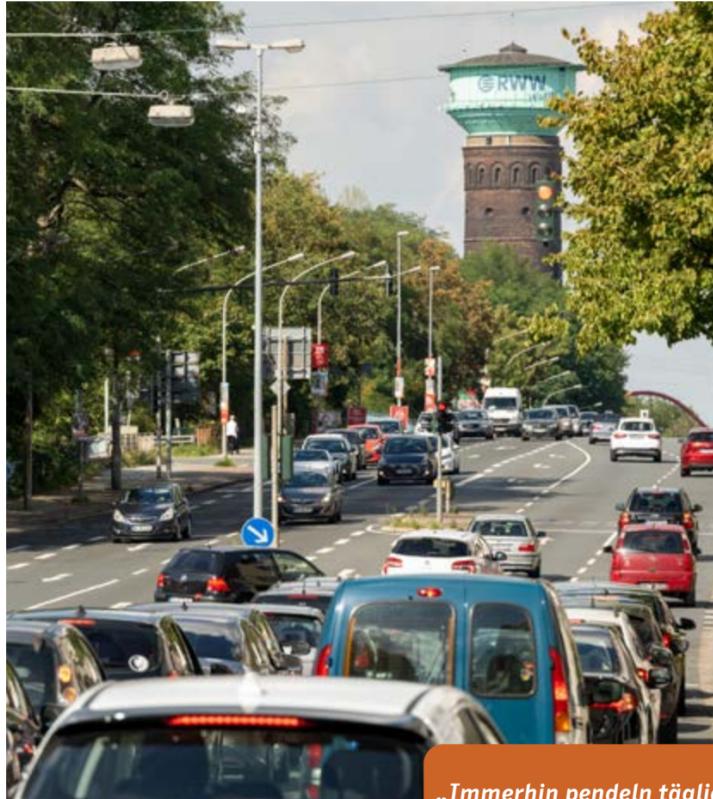


FOTO: UWE ERNST

„Immerhin pendeln täglich ca. 50.000 Menschen ein und 55.000 Menschen aus Oberhausen raus.“

„Wir brauchen Parkhäuser in unseren Quartieren und müssen bereits versiegelte Flächen gezielter für parkende PKW nutzen, um dem steigenden Verkehrsaufkommen Rechnung zu tragen“, so Osmann weiter. „Wir verfolgen als CDU also zwei Ziele: Zum einen den ruhenden Verkehr aus dem Straßenraum herauszubekommen, zum anderen eine effiziente Ausweitung des Parkplatzangebotes in unseren Innenstädten. Unsere Antworten für die Schaffung von mehr Parkplätzen abseits des Straßenraums lauten: Ein sinnvolles Netz von Quartiersparkhäusern in den Innenstädten, die Kooperation mit privaten Stellplatzbetreibern und dadurch eine optimale Nutzungserweiterung von möglichst vielen bereits vorhandenen Parkflächen in Oberhausen, eine flexible Gestaltung von Stellplatznachweisen und ein digitales Parkraumleitsystem.“

„Eine Entseidelung der Flächen ist unser Ziel. Jene, die das Auto benötigen, fänden schnell und zielsicher Parkplätze und der maximal belastende Parkraumsuchverkehr würde wegfallen. Breitere Fahrspuren eröffnen zudem zusätzliche Radfahrangebote und der

Wirtschaftsstandort Oberhausen würde automatisch an Attraktivität gewinnen“, betont Osmann.

„Eine gute Initiative, die überdies noch den Bestand berücksichtigt, könnte unser Vorstoß sein, die Firma Segmüller auf der Fläche des ehemaligen Möbelhauses Finke dafür zu gewinnen, die vorhandene Tiefgarage zu reaktivieren“, erläutert der stellvertretende Bezirksbürgermeister Helmut Bennewa, der die Gespräche mit Segmüller begleitet hat.

„Auto gegen Fahrrad oder öffentlichen Nahverkehr ist nicht die passende Lösungsformel. Wir brauchen Angebote, kluge Kompromisse und Kreativität, wenn wir gute Antworten auf die wichtigen Fragen der Zukunft unserer Mobilität geben wollen“, zeigt sich Stehr überzeugt. „Als CDU wollen wir solche Angebote schaffen, weil Transformationsprozesse nur gelingen können, wenn möglichst viele Bedürfnisse Berücksichtigung finden!“

## Frischer Wind für die Marktstraße

**INNENSTADTGESTALTUNG** Stadtplanungsdezernent Dr. Thomas Palotz stößt die neuen Prozesse in der Oberhausener Innenstadt an.

Im vergangenen Mai wurde interessierten Bürgerinnen und Bürgern das Konzept zur Neugestaltung der Marktstraße vorgestellt und diskutiert.

Mit konstruktiven Hinweisen und großer Offenheit wurde die Idee, die Marktstraße in drei unterschiedliche Nutzungsabschnitte aufzuteilen, begrüßt. Demnach soll

1. die obere Marktstraße zu einem qualitativ hochwertigen, grünen Wohn- und Lebensraum umgestaltet werden,
2. die mittlere Marktstraße klassische Fußgänger- und Einkaufszone bleiben und
3. auf der unteren Marktstraße das schon vorhandene Angebot im Gastronomie- und Freizeitbereich ausgeweitet werden und eine gezielte Stärkung erfahren.

„Das wird ein großer Wurf, der längst fällig ist“, betont der planungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Denis Osmann. „Wir können den Verfall unserer Innenstädte nur aufhalten, wenn wir Antworten auf verändertes Ver-

halten geben und Innenstädte neu denken. Das ist mit diesem Vorstoß aus unserer Sicht gelungen. Neben den Planungen für die Bahnhofstraße in Sterkrade nimmt damit das zweite große Innenstadtprojekt in Oberhausen Fahrt auf.“ „Unter der Koalition zwischen SPD, Grünen und FDP wirkte die Stadt regelrecht unbeeinträchtigt und auch die seinerzeit zuständige Dezernentin der Grünen hat keine Initiativen entwickelt, um dem Verfall unserer zentralen Einkaufsstraße entgegenzuwirken“, beschreibt die Fraktionsvorsitzende, Simone-Tatjana Stehr, rückblickend. „Der Stadtrat hat bereits die Planungen zum Altmarkt beschlossen. Das ist ein Startschuss, der Mut macht. Unsere

**Bäume werden zukünftig das Bild der zentralen Marktstraße prägen.**

BILD: STADT OBERHAUSEN



## Tempo bei Rückbau von Flüchtlingsunterkunft

**QUARTIERSGESTALTUNG** Die CDU-Fraktion im Rat der Stadt drängt darauf, dass die seit Jahren ungenutzte Flüchtlingsunterkunft an der Weierstraße endlich zurückgebaut wird.

Nachdem die Gemeinschaftsunterkunft an der Weierstraße seit geraumer Zeit nicht mehr genutzt wird, bitten die Christdemokraten darum, die Fläche aufzuräumen und einen Plan für die zukünftige Nutzung des Gebietes vorzulegen. Simone-Tatjana Stehr, die Fraktionsvorsitzende, begründet die Initiative damit, dass die Flüchtlingsunterkunft, die einst für 168 Personen konzipiert war, lange schon ungenutzt ist und zunehmend verfällt. Dieses Bild sei nicht förderlich für das Ansehen unserer Stadt. Die Vernachlässigung von Flächen, die für die Unterbringung von Flüchtlingen vorgesehen sind bzw. waren, trage auch nicht zur Akzeptanz bei, Geflüchtete in den Stadtquartieren aufzunehmen. Auf Antrag der CDU-Fraktion wird die Stadtverwaltung nun die Voraussetzungen für den Rückbau schaffen und dann unverzüglich mit dem Rückbau beginnen. Der desolate Zustand der Fläche beeinträchtigt erheblich das Gesamtbild des Stadtteils und der Stadt, so die Argumentation der CDU. „Um diesem negativen Eindruck entgegenzuwirken und die



Das Gelände an der Weierstraße ist in einem desolaten Zustand.

gefühlte Sicherheit vor Ort, insbesondere für die Menschen in unmittelbarer Umgebung, wiederherzustellen, ist schnelles Handeln erforderlich“, betont Stehr. „Besonders wichtig ist uns, dass die Stadt dabei eine mögliche Nachnutzung direkt mitdenkt. Wir möchten, dass gleichzeitig geprüft wird, wie die Fläche optimal in Zukunft genutzt werden kann. Das Gewerbegebiet Waldteich grenzt unmittelbar an und auch das Gewerbegebiet der Zeche Sterkrade liegt direkt auf der gegenüberliegenden Straßenseite.“

### IMPRESSUM

Herausgeberin:  
CDU-Fraktion im Rat der Stadt Oberhausen (Seiten 4,5,6,7)  
Rathaus, Raum 256  
Schwartzstr. 72  
46045 Oberhausen  
Telefon:  
0208 825-2135/-2719  
E-Mail:  
fraktion@cdu-oberhausen.de  
V.i.S.d.P.:  
Simone-Tatjana Stehr  
Redaktion:  
Tobias Henrix  
Gestaltung:  
Freunde & Ernst, Essen

## Die CDU-Ratsfraktion



**SIMONE-TATJANA STEHR**  
Fraktionsvorsitzende  
Schwarze Heide  
stehr@cdu-oberhausen.de



**GUNDULA HAUSMANN-PETERS**  
Stellv. Fraktionsvorsitzende  
Borbeck  
hausmann-peters@cdu-oberhausen.de



**DENIS OSMANN**  
Stellv. Fraktionsvorsitzender  
Sterkrade-Mitte-Nord  
osmann@cdu-oberhausen.de



**ROBERT BABIC**  
Osterfeld-Mitte  
babic@cdu-oberhausen.de



**FRANK BANDEL**  
Königshardt  
bandel@cdu-oberhausen.de



**HELMUT BENNEWA**  
Sterkrader Heide  
bennewa@cdu-oberhausen.de



**CHRISTIAN BENTER**  
Schlad  
benter@cdu-oberhausen.de



**KLAUS-DIETER BROSS**  
Holten  
bross@cdu-oberhausen.de



**KARIN DUBBERT**  
Alstaden-Ost  
dubbert@cdu-oberhausen.de



**HOLGER INGENDOH**  
Schmachtendorf  
ingendoh@cdu-oberhausen.de



**CHRIS HÖPPNER**  
Brücktor  
hoepfner@cdu-oberhausen.de



**EUGEN LENZ**  
Stadtmitte-Süd  
lenz@cdu-oberhausen.de



**WERNER NAKOT**  
Erster Bürgermeister  
Vennepoth  
nakot@cdu-oberhausen.de



**SAADETTIN TÜZÜN**  
Sterkrade-Mitte-Süd  
tuezen@cdu-oberhausen.de



**DIRK RUBIN**  
Sterkrade-Nord  
rubin@cdu-oberhausen.de



**GEORGIS SCHMIDT**  
Stadtmitte-Nord  
schmidt@cdu-oberhausen.de



**ANDREAS VÖLKER**  
Styrum  
voelker@cdu-oberhausen.de



**ULRIKE WILLING-SPIELMANN**  
Alsfeld  
willing-spielmann@cdu-oberhausen.de



**MARITA WOLTER**  
Rothebusch  
wolter@cdu-oberhausen.de

Nähere Informationen zu Ihren  
Stadtverordneten finden Sie unter  
[www.cdu-oberhausen.de/ratsfraktion](http://www.cdu-oberhausen.de/ratsfraktion)

## IMPRESSUM

Herausgeberin:  
CDU Oberhausen  
(Seiten 1,2,3,8)  
Gewerkschaftsstr. 47-49  
46045 Oberhausen  
Telefon: 0208 200948  
E-Mail:  
[klartext@cdu-oberhausen.de](mailto:klartext@cdu-oberhausen.de)  
[www.cdu-oberhausen.de](http://www.cdu-oberhausen.de)  
V.i.S.d.P.:  
Wilhelm Hausman  
Redaktion:  
Christian Benter  
Gestaltung:  
Freunde & Ernst, Essen



Fragen an  
**Karl-Josef Laumann**

FOTO: LAND NRW / RALF SONDERMANN

Seit 2017 ist Karl-Josef Laumann Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW. Er gibt er uns Antworten auf die drängenden Fragen in diesen Themenbereichen.

**Herr Minister, worin sehen Sie die größte Herausforderung der kommenden Jahre, um einen drohenden Kollaps unseres Pflegesystems zu verhindern?**

Die größte Herausforderung ist es, die Versorgungssicherheit sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich und in der Tagespflege sicherstellen zu können. Dafür brauchen wir vor allem genügend Fachkräfte. Die Fachkräftesicherung in der Pflege ist deshalb ein zentrales Anliegen dieser Landesregierung. Unter der Fachkräfteoffensive Nordrhein-Westfalen wurde daher das „Zukunftsbündnis

Pflege-, Betreuungs- und Gesundheitsfachberufe“ ins Leben gerufen. Für die Umsetzung von Maßnahmen daraus sind Mittel in Höhe von 500.000 Euro vorgesehen.

Allein in 2024 sind für den Landesanteil zur Finanzierung der Pflegefachausbildung 143,5 Mio. Euro geplant. Wachsenden Bedarf gibt es auch in der Ausbildung zur Pflegefachassistenz.

Die Schulgeldfreiheit in den Ausbildungen der Gesundheitsfachberufe hat die Attraktivität der Ausbildungen enorm gesteigert – wir haben ein Plus von 34 Prozent bei den besetzten Ausbildungsplätzen. Über ein Gesetz soll der Anspruch in 2024 dauerhaft gesichert werden.

**Die Landesregierung hat das Thema der „Bekämpfung von Einsamkeit“ zu einem ihrer Hauptthemen erklärt: Im bevölkerungsreichsten Bundesland, in dem so viele Menschen auf engem Raum zusammenkommen, scheint dies ein Widerspruch zu sein. Warum müssen wir das Thema dennoch dringend angehen?**

Weil es heute nicht mehr selbstverständlich ist, in Beziehungen und Familien eingebunden zu sein, droht schleichend verloren zu gehen, was wir als älter werdende Menschen und als alternde Gesellschaft unbedingt bewahren sollten: das aufeinander achten und sich kümmern. Allein in Nordrhein-Westfalen gelten über 14 Prozent der Menschen als von Einsamkeit betroffen.

Hilfe kann nicht früh genug ansetzen: Eine von der Staatskanzlei in Auftrag gegebene Studie der Ruhr-Universität Bochum und dem Deutschen Zentrum

für Psychische Gesundheit kommt aktuell zu dem Ergebnis, dass Einsamkeit schon bei Jugendlichen sehr verbreitet ist und vermutlich durch die COVID-19-Pandemie zugenommen hat. Ältere Menschen wiederum verlieren etwa durch Trennung und Tod geliebte Menschen. Und mit abnehmender Mobilität im Alter wird auch seltener die Wohnung verlassen. Tendenz: werden ältere Menschen, die kaum noch Kontakte haben, auch eher pflegebedürftig.

Schon aus diesem Grund müssen wir das Problem angehen und die Teilhabe stärken. Wer sich engagiert, ist weniger allein. Ob Chor, Musikkapelle oder der Kaffeeklatsch im Heimatverein: Es gibt viele Möglichkeiten sich einzubringen und Gemeinschaft zu leben und zu erleben.

**Der deutsche Arbeitsmarkt war aufgrund der richtigen Reformen zu Beginn dieses Jahrtausends in der Lage, Europa durch die Finanz- und Wirtschaftskrise zu bringen. Auf Bundesebene verzichtet die Koalition aus SPD, Grüne und FDP beim Prinzip des „Förderns & Forderns“ erkennbar auf das „Fordern“. Was ist jetzt nötig?**

Ich bin der Auffassung, dass wir in der aktuellen Situation einen Fokus auf Vermittlung setzen müssen. Denn es ist schwer verständlich, dass wir auf der einen Seite nicht nur einen Fach-, sondern einen Arbeitskräftemangel haben, auf der anderen Seite aber immer noch sehr viele Menschen ohne Arbeit sind. Ein großes Problem ist, dass mit dem Bürgergeld das Signal ausgesendet wurde, dass es keine Mitwirkungspflichten und Sanktionen mehr gibt. Das ist nicht in Ordnung. Es muss völlig klar sein, dass Fördern und Fordern unabdingbar zusammengehört. Wer Bürgergeld beziehen und arbeiten kann, muss aktiv daran mitwirken, eine Arbeit zu finden.

## Wir bauen für Bildung!

**BILDUNGSINFRASTRUKTUR Mehr als 114 Millionen Euro konnten seit 2021 in die Bildung unserer Stadt fließen. Aus Sicht der CDU-Fraktion dringend notwendige Investitionen trotz einer schwierigen Haushaltslage. Wichtig ist für die Christdemokraten nun ein Plan, mit dem die weitere Entwicklung der Schulgebäude in Oberhausen klug gesteuert werden kann.**

Die Investitionen, die hauptsächlich durch Fördermittel der CDU-Landesregierung gesichert sind, müssen auch zukünftig in dieser Weise nach Oberhausen fließen. Gründe dafür liegen auf der Hand – vorrangig sind es steigende Schülerzahlen, die Umstellung von G8 auf G9, der Rechtsanspruch im Offenen Ganztags an den Grundschulen und auch die Umsetzung der Inklusion.

Um all diesen Herausforderungen gerecht zu werden, fordert die CDU-Fraktion, die derzeit erfolgreiche Strategie zur Sanierung und zur Entwicklung der Schulgebäude in Oberhausen mit Nachdruck zu verfolgen. Elementarer Baustein und Grundlage für alle weiteren Maßnahmen soll hierbei eine qualifizierte Bestandsaufnahme sämtlicher Oberhausener Schulgebäude sein. Ziel ist es, nicht nur die vorhandenen Raumkapazitäten

darzustellen, sondern die baulichen und technischen Mängel sowie die Daten zur Raumqualität und Energiebilanz zu dokumentieren. Ebenso sollen aktuelle Nutzeranforderungen erfasst werden, die von der Entwicklung der jeweiligen Schülerzahlen, Angeboten des Offenen Ganztags sowie von grundsätzlich veränderten pädagogischen Anforderungen abhängen.

Auf Basis einer solchen Bestandsaufnahme können dann gezielt für jede Schule Maßnahmenpläne bestimmt und Kosten kalkuliert werden. Schließlich ist eine Priorisierung nach objektiven Kriterien vorzunehmen, um maximale Transparenz für alle Beteiligten zu schaffen – vor allem auch für die jeweilige Schulgemeinschaft.

„So kann schnell und unmittelbar auf Förderprogramme reagiert werden, um unseren Schulen die bestmögliche,



**Gundula Hausmann-Peters**

zeitgemäße Ausstattung zu garantieren und sie fit zu machen für die anstehenden Herausforderungen. Durch eine hochwertige Bildungsinfrastruktur gewinnt Oberhausen nicht

nur als Wohn- und Lebensort für junge Familien an Attraktivität, sondern auch als Arbeitsplatz für all jene, die in unseren Schulen arbeiten“, zeigt sich Gundula Hausmann-Peters als schulpolitische Sprecherin ihrer Fraktion überzeugt.

„Durch eine weitsichtige und zielgerichtete Planung für unsere Schulgebäude verbessern wir die Bedingungen für das Lernen und Unterrichten im 21. Jahrhundert und damit auch die Lebensqualität. Wir werten die bauliche Substanz auf, gestalten damit Abläufe effizienter und reagieren auf eine veränderte Lernwelt“, bekräftigt die Fraktionsvorsitzende Simone-Tatjana Stehr. „Schön ist, dass wir mit dieser Initiative sehr breiten Zuspruch in der Politik gefunden haben und die Idee direkt auf unsere KITAs übertragen werden konnte. Damit ist Oberhausen gut unterwegs für künftige Investitionen in unser Bildungssystem!“



Ein gelungenes Beispiel für die Investitionen:  
Der Neubau der Mensa der Rolandschule in Alt-Oberhausen

FOTO: STADT OBERHAUSEN